

## Deutschland im Wahlkampf: Debatte über den Kurs in der Migrationspolitik

# „Ich kann eine Notlage nicht erkennen“

Laut dem Migrationsforscher Herbert Brücker widerspricht der Merz-Vorstoß dem EU-Recht

**Karlsruhe.** Die aktuelle Migrationsdebatte schadet Deutschland: Davon ist Herbert Brücker überzeugt, der vor einem nationalen Alleingang bei der Asylpolitik ohne Rücksicht auf die EU-Nachbarn warnt. Der Direktor des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) sieht den Vorstoß des CDU-Chefs Friedrich Merz kritisch, Schutzsuchende an den Grenzen zurückzuweisen. Der Streit über die Zuwanderung gehe an der Realität vorbei, sagt der Migrationsexperte.

### BNN-Interview

**Wenn Sie die aktuelle Migrationsdebatte mit einem Wort beschreiben müssten – welches Wort wäre das?**

Brücker: Wahrscheinlich Abschreckung. Das gilt nicht nur für Asylbewerber. Wir wissen aus unseren Befragungen, dass auch für Fachkräfte, die zu uns kommen, die Achtung der Menschenrechte ein großer Pluspunkt von Deutschland war. Rechtsstaatlichkeit und Fairness im Umgang miteinander sind für Einwanderungs- und Rückwanderungsentscheidungen zentral. Potenzielle Migranten im Ausland wie auch die Migranten hier nehmen diese Debatte natürlich wahr. Sie wird nicht folgenlos bleiben.

**Friedrich Merz will erreichen, dass alle Menschen ohne Einreiseerlaubnis an der Grenze zurückgewiesen werden. Was halten Sie von diesem Vorstoß?**

Brücker: Natürlich können Menschen, die keine gültigen Einreisepapiere haben und keinen Antrag auf Schutz stellen, an den Grenzen zurückgewiesen werden. Anders ist es, wenn Menschen einen Antrag auf Schutz stellen. Asylbewerber haben in den seltensten Fällen gültige Einreisepapiere, ein Visum zu humanitären Zwecken gibt es nicht. Genau für diesen Fall sieht das geltende Europäische Recht vor, dass diese Menschen einreisen können und ihre Schutzansprüche geprüft werden. Geprüft wird auch, welcher Mitgliedsstaat zuständig ist. Das ist der Kern des Dublin-Systems. Insofern widerspricht der Vorschlag von Merz dem europäischen Recht, das Deutschland mit beschlossen und auf dessen Einhaltung es sich verpflichtet hat.

**Laut der Union kann man nationales Recht in „außergewöhnlichen Notlagen“ vorrangig anwenden, wenn EU-Regelungen nicht funktionieren. Haben wir eine solche Notlage?**

Brücker: Es geht nicht darum, dass etwas schlecht funktioniert. Das Dublin-System hat zweifellos Defizite. Aber der EU-



Die neue Asyldebatte werde nicht folgenlos bleiben, warnt der Chef des Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung, Herbert Brücker. Foto: W. Murr / Photofabrik

ropäische Gerichtshof hat in zahlreichen Urteilen klargestellt, dass das Dublin-System trotz dieser Defizite verbindlich ist. Wenn wir der Logik folgen, dass wir geltende Regeln nicht beachten, weil andere es auch nicht tun, wäre das EU-Recht sofort am Ende. Es gäbe dann auch für andere Staaten keine Gründe mehr, sich an die Regeln zu halten und beispielsweise Flüchtlinge von uns zurückzunehmen. Richtig ist, dass nur ausnahmsweise und in einer außergewöhnlichen Notlage von den Regeln abgewichen werden kann. Außerdem darf man nur vorübergehend und nicht auf unbestimmte Zeit von den Regeln abweichen.

Dies wird vom Europäischen Gerichtshof überprüft werden. Bisher hat er noch in keinem einzigen Fall eine solche Notlage anerkannt. Es ist wenig realistisch, dass er dies in diesem Fall tun würde. Ich kann eine solche Notlage auch nicht erkennen ...

**...weil zum Beispiel die Asylanträge in Deutschland zurückgehen?**

Brücker: Ja, und weil Deutschland ein stabiles, sicheres und wirtschaftlich starkes Land bleibt. Im internationalen Vergleich haben wir sehr wenige Gewaltverbrechen wie Mord und Totschlag. Es gibt natürlich Sicherheitsprobleme, die wir angehen müssen. Ich möchte nichts beschönigen, aber wir haben keine nationale Notlage.

**Merz will die Änderungen bei der Migration notfalls mit den Stimmen der AfD erreichen. Zeigt das einen Rechtsruck in der Migrationsdebatte?**

BNN.de

Das vollständige Interview mit Herbert Brücker finden Sie auf unserer Website unter: <https://bnn.link/dj7>

## Ein politischer Hochseilakt

Merz und die Union begeben sich mit ihrer Abstimmung zu schärferen Asylregeln in eine schwierige Lage

Von Dominik Guggemos und Ellen Hasenkamp

**Berlin.** Es ist einerseits ganz einfach und andererseits hoch kompliziert: Nach den Anschlägen von Aschaffenburg und Magdeburg müsse „endlich etwas getan werden“, so die vergleichsweise simple Forderung der Union. Wie sie ihre Pläne so kurz vor der Wahl allerdings zwischen AfD-Zustimmung, Mehrheitsverhältnissen, Geschäftsordnung und Wählergunst ans Ziel bringen will, gleicht einem politischen Hochseilakt.

### Fragen und Antworten

**Was ist das Kalkül der Union?**

Kanzlerkandidat Friedrich Merz (CDU) und die Union gehen nach den Toten in Aschaffenburg und Magdeburg von einer komplett neuen Lage aus. „Das Maß ist voll“, sagte Merz schon vergangene Woche. Von einer „dramatischen Änderung“ spricht auch Parlamentsgeschäftsführer Thorsten Frei (CDU). Die Union sieht sich geradezu gezwungen, jetzt Tatkraft zu zeigen und so zu beweisen, dass auch jenseits der AfD Parteien zu radikalen Änderungen an der Migrationspolitik bereit sind. Und sie fühlt sich durch die veränderte Realität nicht mehr an das alte Abstandsgebot zur AfD gebunden. „Wir sind an dem Punkt, wo wir uns als Politiker von solchen taktischen Erwägungen verabschieden müssen“, so Frei. Entschlossenes Handeln jetzt ist nach

Einschätzung der Union wichtiger als alle anderen Erwägungen – auch für die Wähler. Es handele sich beim Thema Migration um „das zentrale Thema“, ist Merz überzeugt. Ob das stimmt, werden die nächsten Umfragen und vor allem die Bundestagswahl am 23. Februar zeigen.

**Welches Risiko nimmt die Union in Kauf?**

Die Gefahren sind beträchtlich: Zum einen lauern rechtliche Unwägbarkeiten. Ob beispielsweise die geplanten Zurückweisungen an den Grenzen wirklich gegen EU-Recht durchgesetzt werden können, entscheidet am Ende womöglich ein europäisches Gericht. Politisch hat nun ausgerechnet Merz, der noch vor wenigen Tagen seine Zukunft als Parteichef mit dem Unvereinbarkeitsbeschluss verknüpfte, eine AfD-Debatte am Hals. Und schließlich haben CDU und CSU turmhohe Erwartungen geweckt, die sie nach einem möglichen Wahlsieg umgehend einlösen müssten. Doch selbst wenn die Sache schließlich an der einen oder anderen Stelle schiefeht, so die Wette der Union, wäre das weniger schlimm, als jetzt untätig zu bleiben. Auch das ist eine radikale Abkehr vom bisherigen Risiko-Vermeidungs-Wahlkampf der Union.

**Steht die Union geschlossen dahinter?**

Bislang gibt es jedenfalls öffentlich so gut wie keine anderslautenden Äußerungen. „Die Menschen erwarten Taten“ – diese Formulierung bekommt man seit Tagen als Antwort auf entsprechende Anfragen. Vorbehalte gibt es, nicht ganz überraschend, allerdings beim CDU-Ministerpräsidenten des schwarz-grün

regierten Schleswig-Holstein, Daniel Günther. Dem Zuwanderungsbegrenzungs-gesetz, das die Union neben den beiden Entschließungsanträgen ebenfalls durch den Bundestag bringen will, würde er im Bundesrat mit Rücksicht auf seine grünen Koalitionspartner nicht zustimmen.

**Wird es eine Mehrheit im Bundestag mit der AfD geben?**



CDU-Chef Friedrich Merz steht bei der Abstimmung unter Druck. Foto: Kappeler/dpa

Brücker: Wenn ein Anschlag passiert, hört man oft: Wir müssen die Gesetze verschärfen, dann ist das Problem gelöst. Dann kommt der nächste Anschlag, und es folgt die gleiche Forderung. Meistens liegt es aber nicht an den Gesetzen, sondern an der Umsetzung und der Zusammenarbeit der Behörden. Wir müssen uns darüber verständigen, wie die Sicherheit verbessert werden kann. Wenn notwendig, dafür auch die Gesetze ändern. Dabei sollten die demokratischen Parteien auf der Grundlage rechtsstaatlicher Prinzipien zusammenarbeiten. Wir leben in einem Rechtsstaat, der für alle gilt. Der Reflex, es dürfe niemand mehr nach Deutschland, der Schutz sucht, hat mit unseren Sicherheitsproblemen nichts zu tun.

**Die Grünen nennen die Zuwanderung in ihrem Wahlprogramm ökonomisch geboten und eine Bereicherung für die Bundesrepublik. Teilen Sie diese positive Sicht?**

Brücker: Aus der ökonomischen Perspektive teile ich sie. Durch den demografischen Wandel verlieren wir jedes Jahr etwa 400.000 Menschen im erwerbsfähigen Alter. Wenn die sozialen Sicherungssysteme stabil bleiben sollen, muss das vor allem die Erwerbsmigration aus Drittstaaten ausgleichen. Sonst müsste man erhebliche Wohlfahrtsverluste und Rentenkürzungen in Kauf nehmen. Wenn die Migration und die Arbeitsmarktintegration gelingen, ist das ein wirtschaftlicher und fiskalpolitischer Gewinn für Deutschland.

**Während man die ausländischen Fachkräfte in Deutschland willkommen heißt, wollen viele Parteien die Hürden für andere Migranten höher setzen, etwa durch die Auslagerung von Asylverfahren in Drittstaaten. Was halten Sie davon?**

Brücker: Ich habe Zweifel daran, dass in anderen Ländern diese Verfahren nach gleichen rechtlichen Standards erfolgen wie bei uns. Die EU ist der reichste Wirtschaftsraum der Welt. Warum sollten sich andere Länder um unsere Probleme kümmern? Wenn wir sie auslagern, machen wir uns abhängig und erpressbar. Was Deutschland und andere EU-Staaten brauchen, sind klare Regeln und schnelle, aber rechtsstaatliche Verfahren. Wenn es keine legitimen Schutzansprüche gibt, werden den Flüchtlingen keine Aufenthaltsrechte gewährt. Wenn ihre Asylverfahren erfolgreich sind, können sie hier bleiben, und wir müssen uns um die Integration kümmern. Eigentlich sollte das eine Selbstverständlichkeit sein.

Das Gespräch führte Alexei Makartsev

## Strafen und Humanität

Migration im Wahlkampf

Von Alexei Makartsev

**Karlsruhe.** Neben den Lebenshaltungskosten belasten die Probleme der Migration die Menschen im Südwesten stark: Das zeigte die Umfrage für den Baden-Württemberg Report im Januar. Unsere Redaktion hat die migrationspolitischen Ziele in den Wahlprogrammen der Parteien analysiert, die Chancen auf den Einzug in den neuen Bundestag haben.

**CDU**

Die CDU fordert dauerhafte Grenzkontrollen und Zurückweisungen. „Wir setzen einen faktischen Aufnahmestopp sofort durch“, kündigt sie an. Jeder, der in Europa Asyl beantrage, solle in einen sicheren Drittstaat überführt werden und dort ein Asylverfahren durchlaufen. Die CDU will ausreisepflichtige Straftäter in zeitlich unbegrenzten Ausreisearrest zu nehmen, bis sie das Land verlassen.

**SPD**

Die SPD bekennt sich zu einer europäischen Lösung des Asylproblems. „Grenzschließungen und Pauschalzurückweisungen“ lehnt sie ab. Zugleich will die SPD Asylverfahren beschleunigen – dank „Verwaltungsmodernisierung“ sollen sie maximal sechs Monate dauern. Rückführungen sollen „human“ erfolgen. Werden freiwillige Ausreisen verweigert, gibt es „rasche“ Abschiebungen.

**FDP**

Deutschland sei auf Einwanderung in den Arbeitsmarkt angewiesen, schreibt die FDP. Folglich fordert sie eine schnellere Visavergabe für ausländische Arbeitskräfte. Abgesehen davon befürwortet die FDP eine „unverzügliche Rückkehr“ von abgelehnten Asylbewerbern in ihre Heimatländer. Mit ihrer Idee einer „modellhaften Erprobung von Zurückweisungen an den deutschen Außengrenzen“ liegt sie nahe an der CDU.

**AFD**

„Allein Deutschland entscheidet, wer nach Deutschland kommen darf“, lautet die Forderung der AfD. Die Partei will die Bundespolizei „als Grenzbehörde einsetzen, um illegale Einreisen wirksam zu unterbinden“ und Flüchtlinge konsequent zurückweisen. Helfen sollen dabei



Die Migration ist eines der wichtigsten Themen im Wahlkampf. Foto: A. Sempere/dpa

neue „Gewahrsamszentren“. Wer seine Identität nicht nachweisen kann, soll keinen Asylantrag stellen dürfen.

**BSW**

Bei der Migration setzt das BSW auf Härte. „Wer aus einem sicheren Drittstaat einreist, hat kein Recht auf Aufenthalt“, so das Bündnis. Wer keinen Anspruch auf ein Asylverfahren habe, dürfe keine sozialen Leistungen beziehen. Die Asylverfahren sollen „im Normalfall in drei Monaten abgeschlossen“ werden.

**Grüne**

Die Grünen sind für eine Migrationspolitik, die „Humanität und Ordnung“ verbindet. Als „Einwanderungsland“ profitiere Deutschland von Migration. „Wir schotten uns nicht ab“, versprechen sie. Die Partei verteidigt das Grundrecht auf Asyl. Aber: Wer kein Aufenthaltsrecht habe, müsse zügig ausreisen. Die freiwillige Rückkehr habe Vorrang. Ständige Grenzkontrollen lehnt die Partei ab.

**Linke**

Die Linke fordert „legale und sichere Einreisemöglichkeiten in die EU“ und lehnt alle Verschärfungen des Asylrechts ab. Sie setzt sich für individuellen Zugang zu Asylverfahren ein. Schnellverfahren und Inhaftierung von Schutzsuchenden seien unzulässig. Ebenso Abschiebungen, insbesondere in den Krieg.